

Annoncen-
Aufnahme-Bureau:
In Posen
aufser in der Expedition
bei Grupski (E. H. Ulrich & Co.)
Bretterstraße 14;
in Gnezen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedliche-Str. 4;
in Grätz bei Herrn L. Streissland;
in Frankfurt a. M.;
G. L. Daube & Co.

Annoncen-
Aufnahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
Ludolph Molz;
in Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Boel;
Haasestein & Vogler;
in Berlin;
A. Gelemez, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Habath.

Posener Zeitung.

Fünfundsechzigster Jahrgang.

Mr. 479.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preussen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Sonnabend, 12. Oktober
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgeschaltete Zeile oder deren Raum, dreigeklappte Reklamen 5 Sgr. sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Amtliches.

Berlin, 11. Oktober. Der König hat dem Prinzen Maximilian Emanuel, Herzoge in Bayern, den Schwarzen Adler-Orden verliehen. Der Kaiser hat die Intendantur-Assessoren Genz und Franz vom X. Armeecorps, der Letztere zur Zeit bei der Armeec-Intendantur der Okkupationsarmee in Frankreich, zu Militär-Intendantur-Rathen ernannt und den feilherigen Ober-Bürgermeister Vollmann zu Spandau, in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Thorn getroffenen Wahl, als Ersten Bürgermeister der Stadt Thorn, unter Beilegung des Präfikats „Ober-Bürgermeister“ auch für dieses neue Amt, auf die gesetzliche Amtsduer von zwölf Jahren bestätigt.

Der bisherige Baumeister Karl Garde zu Magdeburg ist als R. Eisenbahn-Baumeister bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn mit dem Wohnsitz zu Elsdorfer angestellt worden. Der bisherige Baumeister Gustav Schönrock in Kiel ist zum R. Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeister-Stelle zu Deutsch-Erone verliehen worden. Der bisherige R. Wegbau-Kondukteur Borchers in Hannover ist zum R. Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeister-Stelle zu Köln verliehen worden. — Der bisherige Kataster-Kontrolleur in Wittenberg, Steuer-Inspektor Schulze, ist zum Kataster-Inspektor ernannt und demselben die Kataster-Inspektorstelle bei der R. Regierung in Potsdam verliehen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Nulda, 11. Oktober. Wie es heißt, ist der Verfasser der zweiten Redaktion der von den hier versammelten gewesenen Bischöfen veröffentlichten Denkschrift — die erste, schärfere Redaktion war von der Majorität des Episkopates abgelehnt worden — der Bischof Ketteler von Mainz.

Wien, 10. Oktober. Gestern Abend hat die dritte deutsche, internationale Frauenkonferenz unter dem Präsidium des Hauptmann Korn (Wien), des Schriftstellers Uhland (Leipzig) und des Professors Julius de Bee (Wien) ihre Eröffnungssitzung gehalten. Die Versammlung sprach sich für die Zulassung der Frauen zum Studium und zur Ausbildung im Staatsdienste, für die Gründung von weiblichen Industrie-Schulen, sowie für Errichtung von internationalen Arbeitsvermittlungsbüros für weibliche Arbeiten aus. Die Konferenz erklärte ferner, für die passive Wechselseitigkeit der Frauen einzutreten und für die Aufhebung des Frauenhandels im Orient wirken zu wollen. Für die Dauer der Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen.

Wien, 11. Oktober. In der Lenzschen Gasröhren- und Veloxedenfabrik, belegen in der Marxergasse, Vorstadt Weißgerber, wurden durch Abspringen des Kesselventils 5 Menschen lebensgefährlich verwundet.

Bpest, 10. Okt. Heute wurde die Debatte über das Kriegsbudget in der Reichsräthsdelegation fortgesetzt. Gisla als Generalberichterstatter nahm zum Schlusse nochmals gegen die Erhöhung des Präsenzstandes beim Heere das Wort.

Der Kriegsminister, Feldmarschall-Lieutenant Kuhn, suchte hierauf zunächst die Einwendungen einzelner Vorredner gegen die Erhöhung des Präsenzstandes zu widerlegen und hielt namentlich Herbst gegenüber die Ansicht aufrecht, daß es zur Unrechtmäßigkeit werde, wenn von den Soldaten, für welche eine dreijährige Präsenzzeit bestehle, die einen ein kurzer, die anderen eine längere Zeit hindurch bei der Fahne behalten werden sollten.

Im Fortgang der heutigen Sitzung der Reichsräthsdelegation nahm nach dem Kriegsminister, dessen Rede Beifall folgte, Graf Andrassy in einer längeren Rede zur Befestigung des vorgelegten Kriegsbudgets das Wort. Er begann damit, die von seinem Standpunkte, als Minister des Außen, aus dem Ausschusse bereits abgegebenen Erklärungen in der Weise auszuführen, daß er das Ziel und das Resultat der Berliner Zusammenkunft als ein zur Befestigung des europäischen Friedens geeignetes bezeichnete. Die Verbündeten Österreich-Ungarns zu allen in Betracht kommenden Staaten seien ganz vorzüglich und er sei der festen Überzeugung, daß dieselben, so lange eine aus den gesund aufgefaßten Interessen der Monarchie hervorgehende Friedenspolitik treu befolgt werde, befriedigend bleiben würden. Er könne jedoch so wenig wie irgendemand den europäischen Frieden auf Jahre hinaus garantieren. Die mit anderen Staaten angeknüpften Beziehungen würden sich in kritischen Momenten nur dann als fest und zuverlässig erweisen, wenn man die ausreichende Kraft dazu mitbringe. Die von ihm geltend gemachte realistische Politik, in Verbindung mit dem ehrlichen Willen zur Erhaltung des Friedens, bewahre vor allen Täuschungen. Graf Andrassy wies dann auf die jetzigen, gegen jene des letzten Dezenniums — in welchem die Stärke der Armee doch ihre jetzige Höhe noch nicht erreicht gehabt habe — wesentlich verringerten Anforderungen der Kriegsverwaltung hin und wiederholte die Erklärung des Kriegsministers, daß die diesjährigen Anforderungen für die Verwaltung des Kriegsministeriums als Normalbudget für das gesamte Ordinarium zu betrachten seien. Graf Andrassy hob noch hervor, daß durch die Solidarität der Regierung in Bezug auf das Kriegsbudget absolut keinerlei Pression ausgeübt werden solle, daß damit vielmehr lediglich einer konstitutionellen Pflicht genügt werde. Zum Schlusse widerlegte Graf Andrassy einzelne im Laufe der Debatte gefallene Bemerkungen, indem er daran eine Darlegung seiner persönlichen Ausführungen über die Wirksamkeit des Instituts der Delegationen, wie überhaupt konstitutioneller Einrichtungen hinzufügte. Nach einigen Gegenbemerkungen Gisla's und Herbst's wurde der Antrag Gablenz's auf Bewilligung der dauernden Erhöhung des Friedenspräsenzstandes der Vienieninfanterie und Jägertruppe um 28,760 Männer mit 32 gegen 24 Stimmen angenommen.

Bpest, 11. Oktober. In der heutigen Sitzung der Reichsräthsdelegation wurde die von der Regierung beantragte Gleichstellung der Militärgeistlichkeit mit den betreffenden Offiziersgraden hinsichtlich der Gageverhältnisse abgelehnt; dagegen wurde der von der Regierung hierauf für die Erhöhung der Gehalte der Marinegeistlichen in Anspruch genommene volle Betrag der Staatsposition mit 30 gegen 27 Stimmen bewilligt. Alle übrigen Titel des Ordinariums vom Kriegsbudget, mit Ausnahme der gestern schon für den erhöhten Präsenzstand bewilligten Mehrkosten, wurden hierauf in der Spezialdebatte nach den Anträgen des Ausschusses ohne erhebliche Diskussion genehmigt. Morgen findet die Berathung über das Extra-Ordinarium statt.

Paris, 10. Oktober. In der heutigen Sitzung der Permanenzkommission erklärte der Präsident der Republik bezüglich der in Nantes

gegen Wallfahrer vorgekommenen Insulten, daß, wenn auch die dortigen Vorgänge in den Berichten übertrieben worden seien, nichtsdestoweniger die Justiz ihren Lauf haben solle.

Zugleich sprach er sich entschieden gegen alle ähnlichen Vorkommnisse aus, die mit der Staatsreligion in Verbindung ständen. Als Larouette-Coucaud die Wallfahrt nach Fourches mit Gambetta's Reise in Vergleich gezogen hatte, erklärte der Präsident sich sehr lebhaft gegen die von Gambetta in seinen Reden verfochtene Theorie; aber, fügte er hinzu, es sei schwer, die Abhaltung von Privatbanketten zu verbieten. Er nannte es eine schwere Verkündigung, wenn man die Nation in förmliche Kästen einschließe, solche Theorien schadeten nicht blos nach außen, sondern machten auch die Stellung der Regierung nach Außen zu einer sehr schwierigen. Ebensoviel könne er die Angriffe gegen die Nationalversammlung billigen und werde er der letzteren Achtung zu verschaffen wissen. Es gäbe eine gewisse Anzahl von Republikanern, welche Feinde der Republik seien, weil sie deren feste Begründung hinterließen und unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei doch die Republik die einzige Möglichkeit. Den Monarchisten führte der Präsident ihre Ohnmacht zu Gemüthe, den Konservativen riet er an, sich auf den neutralen Gebiete der Republik zusammenzufahren. Alles empfahl er einmütiges Zusammensein. Das Kommissionsmitglied Delphit nahm von den Erklärungen des Präsidenten Aft, versicherte, daß dieselben gewiß einen ausgezeichneten Eindruck im Lande machen würden, meinte aber, daß deren thaläthische Verhältnisse notwendig sei und verlangte die Absetzung mehrerer Maires. Der Präsident der Republik betonte dieser Forderung gegenüber die Schwierigkeit aller rigorosen Maßregeln. Nachdem der Minister des Innern, Léon Franc, auf eine Interpellation Moray's über einen Artikel der „République française“ noch erklärt hatte, daß die beleidigenden Ausfälle dieses Blattes die weite in Grenoble proklamierte Kluft bezeichneten, welche zwischen der Regierung und der radikalen Partei bestehe, machte der Präsident der Republik schließlich noch die Mitteilung, daß er, gestützt auf zwei Beschlüsse der Nationalversammlung, welche den Sturz des Kaiserreiches aussprachen, dem Prinzen Napoleon die Weisung zur Verlassung des französischen Bodens zugehen zu lassen beabsichtigte, weil dieser Prinz ohne Genehmigung des Ministerialen in's Land gekommen sei. Der betreffende Befehl soll unverzüglich zum Vollzug gebracht werden.

Wie die „Agence Havas“ vom 11. d. M. telegraphiert, hat Thiers in seiner gestrigen Rede noch hervorgehoben, daß Frankreich keineswegs so isolirt sei, als man behauptet; die französische Armee sei in voller Wiederherstellung begriffen, der Kredit Frankreichs dürfe als vorzüglich bezeichnet werden. Seit zwei Monaten habe die Regierung 1400 Millionen empfangen, bis um die Mitte des folgenden Jahres werde sie zwei Milliarden gezahlt haben.

Paris, 10. Oktober. Die Majorität der Permanenzkommission dankte Thiers für die scharfe Geißelung der von Gambetta in Südfrankreich gehaltenen Reden. (Privatdep. d. Pos. Blg.)

Paris, 11. Oktober. Von den zwei bonapartistischen Kandidaten, welche allein einige Aussicht hatten, gewählt zu werden, zog Léon Chevrel im Département Oise bereits seine Kandidatur zurück, und der ehemalige Minister Forede Roquette erklärte in einem Birkular an seine Wähler in der Gironde, er sei nicht Bonapartist sondern als Freihändler ihr Kandidat. (Privatdep. d. Pos. Blg.)

Lissabon, 10. Oktober. Nach den per Dampfer „Caldera“ aus Valparaíso d. d. 31. August d. J. hier eingetroffenen Nachrichten war der Vertreter Boliviens in Chili abberufen worden und der diplomatische Verkehr zwischen Chili und Bolivia überhaupt unterbrochen. In Bolivia hatte sich Duevedo an' die Spitze einer revolutionären Partei gestellt. — Die Blätter waren in Valparaíso und Santiago im Abnehmen begriffen. — In Santiago sollte im September die dort stattfindende große Ausstellung eröffnet werden.

Konstantinopel, 11. Oktober. Das hier erscheinende halböffentliche Journal „Bassiret“ leitete in einem anscheinend inspirierten Artikel die Thronrede des Fürsten Milan von Serbien und hebt hervor, daß derselbe seine Regierung als unabhängig anzusehen scheine, während doch der Wohlstand und das Heil des Landes von der Regierung abhängen, deren Basal er sei.

Kragujevac, 10. Oktober. Die Skupschlina wählte drei Ausschüsse, von denen der eine die legislatorischen, der zweite die finanziellen Vorlagen, der dritte endlich die Petitionen prüfen soll. Die Entwertung einer Adresse wurde ebenfalls einer Kommission überwiesen.

New-York, 10. Oktober. Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen, Seward, ist gestorben. — Die Botschaft des Präsidenten Grant an den Kongress wird dem Vernehmen nach Mexiko gegenüber energische Maßregeln in Vorschlag bringen. — Die republikanische Majorität bei den Wahlen in Philadelphia betrug 21,919 Stimmen.

Baltimore, 10. Oktober. Greeley hat hier eine Rede gehalten und dabei erklärt, daß er unentmündigt an dem Werke nationaler Einigung weiter arbeiten werde. Sollte auch sein Streben jetzt nicht vom Erfolg gekrönt sein, so zweifle er doch nicht an dem endlichen Gelingen.

Washington, 10. Oktober. Zum Gouverneur in Indiana wurde mit einer Majorität von 500 Stimmen der zur demokratischen Partei zählende Arthur Hendricks gewählt. Die übrigen gewählten Staatsbeamten und die Majorität der Legislative gehören der republikanischen Partei an; es gilt deshalb die Wiederwahl des Senator Morton als vollständig gesichert.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 11. Oktober.

— Prinz Albrecht hat die Nacht abwechselnd geschlafen, befindet sich aber noch in demselben Zustande der Schwäche wie gestern.

— Der Reichskanzler hat in den Einzelstaaten Gutachten über die dem Reichstage vorzulegende neue Patentgesetzesgebung einfordern lassen.

— Nachdem die beteiligten Grenz-Bezirksregierungen Maßregeln gegen das Einschleppen der in Russland herrschenden Kinderpest ergriffen haben, ist dieser Tage auf Anordnung des Ministers der landwirtschaftlichen Angelegenheiten Folgendes bestimmt worden:

1) Das Eintreiben von Schweinen auf Landwegen und die Einfuhr derselben zu Schiff wird fortan freigegeben. 2) Die Einfuhr von Schweinen auf Eisenbahnen oder Landwegen darf nur in Etagewagen erfolgen. Wer die Bestimmung zu 2. wissenschaftlich verlegt, hat nach § 32 des Deutschen Reichs-Strafgesetzes Gefängnis bis zu zwei Jahren zu gewähren.

Hannover, 10. Oktober. Der älteste Sohn des Königs von Aegypten ist gestern Nachmittag von Hamburg kommend, hier eingetroffen, im Hotel Royal abgestiegen und hat heute früh die Reise nach Amsterdam fortgesetzt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. Oktober.

— Bezüglich der Cholera berichtet die „Danz. Blg.“ unter 11. d. Mis. aus Danzig:

Meldungen von weiteren Erkrankungen an Cholera liegen hier nicht vor, und wir dürfen daher wohl annehmen, daß die Epidemie hier keine Verbreitung finden wird. Es sind jetzt, wie wir hören, auch außerhalb des Stadtbezirks Danzig und bei Thorn die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung der Cholera getroffen. Wäre dies früher in ausreichendem Maße geschehen, als die Nachricht von dem Auftreten der Cholera in Warschau hier eintraf, so würde die Einbringung der erkrankten Flößer, sowohl hier wie in Thorn wahrscheinlich verhindert worden sein. Die Hoffnung, daß bei Anordnung einer umfassenden Kontrolle und Errichtung der nötigen Hilfslazarette an der Weichsel die Epidemie in diesem Jahre in unsere Stadt nicht mehr eingeschleppt wird, dürfte um so mehr begründet sein, als die Zahl der Träger, welche aus Polen noch erwartet werden, eine kaum nennenswerthe ist.

Dagegen heißt die „Thorner Blg.“ mit, daß in Thorn bis zum 11. d. Mis. leider bereits 12 Erkrankungsfälle zu konstatiren seien, von denen 5 einen tödlichen Verlauf hatten. Die Militärbehörde zu Thorn hat vorsichtig den sämmlichen Militärs anbefohlen, alle Lokale und Läden streng zu meiden, in denen die politischen Flößer, die das Contagium unzweifelhaft eingeschleppt haben, sich einfinden.

Staats- und Volkswirtschaft.

München, 11. Oktober. Die Württembergische und Frankfurter Vereinsbank, die Hahn'sche Effettenbank und andere Firmen beabsichtigen die Gründung einer Münchener Bank.

Wien, 10. Oktober. Die Elisabeth-Bahn wird eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, da nunmehr der Regierungsvertrag wegen Bauübernahme der Gislabahn unterzeichnet ist. Den Aktiengenossen soll kein Bezugsschein auf die Aktien der Gislabahn eingeräumt werden, da die Geldbeschaffung einem Bankkonsortium übertragen wird. — Die austro-egyptische Bank verhandelt mit dem Bizekönig von Aegypten wegen Übernahme der ägyptischen Bahnen. Als Entschädigung will die Bank die Privatschulden des Bizekönigs bezahlen. — Die Entschädigung, welche die österreichische Bank an die Elisabeth-Bahn zahlen soll, beträgt 150,000 fl. Es dürfte jedoch noch ungewiß sein, ob es überhaupt zur Zahlung kommt.

Graz, 10. Oktober. Der hiesige Gemeinderath schloß mit der Wiener Unionbank ein Kommunalen ab. Die Unionbank übernimmt die 3 Millionen betragende Lotterieanleihe zum Kurse von 102, rückzabbar in 30 Jahren.

Bpest, 11. Oktober. In gutunterrichteten Kreisen verlautet, die ungarische Regierung habe auf ausdrücklichen allerhöchsten Wunsch die Gemeinschaft des Zentralwesens, resp. den Ausgleich mit der Nationalbank im Prinzip angenommen und seien folgende Vertragspunkte aufgestellt worden. Das Bankprivilegium wird nach Ablauf des in Kraft befindlichen auf 10 Jahre verlängert; die Dotierung für Ungarn wird bis auf 75 Millionen erhöht. Die ungarische Nationalbank erhält ein selbstständiges Direktorium, welches unabhängig von der Wiener Direktion den Zinsfuß feststellt und Krediten bewilligt. Die Anzahl der Filialen kann bis auf 15 erhöht werden. Die Nationalbank leistet Ungarn für Anerkennung und Verlängerung des Privilegiums einen unverzinslichen Vorschuß von 35 Millionen, dagegen übernimmt Ungarn aus Billigkeitsrücksichten eine Schuldquote von 80 Millionen, welche in erwähnte Millionen eingerechnet werden. Die bezügliche Veränderung der Bankakte ist bis Ende d. J. verfassungsmäßig durchzuführen.

Paris, 10. Oktober. Auf die befriedigenden Erklärungen, welche Thiers in der Permanenzkommission gab, war der Abendboulevardverkehr fest: 53,20, 86,77, 757.

Berantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Privatdepesche der Posener Zeitung.

Ostrowo, 12. Oktober. Gestern Abends 7 Uhr entstand in Folge des Erlöschen der Gasflammen in der Synagoge eine große Verbrennung und ein solches Gedränge vom Frauenchor, daß, wie bis jetzt konstatiert ist, acht Frauenspersonen erdrückt und viele beschädigt worden sind.

Neueste Depeschen.

Bpest, 12. Oktober. Die ungarische Delegation nahm debaltenlos und unverändert das Budget des Minister des Außen an. Auf die Frage Isedeny's antwortete Andrassy: der österreichische Kaiser sei deshalb beim Papste durch einen Botschafter und beim König von Italien durch einen Gesandten vertreten, weil kein Anlaß vorgelegen hat, den früheren Zustand zu ändern und dies die Neutralität fordere. Andrassy wäre diesbezüglicher Änderung nicht abgeneigt, wenn dieselbe kompetenterseits gefordert würde. — Das Unterhaus des Reichstages nahm die Majoritätsadresse mit 185 gegen 101 an.

Paris, 11. Oktober. Der Prinz Napoleon weigert sich Frankreich zu verlassen. Der Entfernungsbefehl soll morgen wiederholt und eventuell die Entfernung Sonntags zwangsläufig durchgeführt werden.

